

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Mai-Juni 1965

1) Wahlen in Polen	Seite: 1
2) Sejm wählt Staatsrat und Regierungschef	7
3) Wahlprogramm der "Nationalen Front"	10
4) GOMULKA antwortet den Wählern	13
5) Polnischer Tadel an der britischen Politik	16
6) "Die Partei muß die Kultur und Literatur gestalten"	17

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

1) Wahlen in Polen

Bei den letzten polnischen Wahlen, die am 30. Mai stattfanden, kandidierten 617 Personen, die sich um insgesamt 460 Sitze des Sejm bewarben. Das Land wurde in 80 Wahlbezirke eingeteilt, in jedem waren 4 bis 8 Abgeordnete zu wählen. Die Kandidatenzahl war jeweils um 1 bis 2 Personen größer. Die Wähler hatten also ein beschränktes Auswahlrecht und konnten den einen oder anderen Bewerber ablehnen. Die Bestimmungen der Wahlordnung sahen vor, daß die Wähler auch darauf verzichten konnten, Streichungen vorzunehmen. Wer den Stimmschein unverändert einwarf, gab damit zu erkennen, daß er die ersten auf der Liste stehenden Kandidaten zu wählen wünschte. Die Listen waren so zusammengestellt, daß die von den Kommunisten gewünschten und besonders geförderten Kandidaten die privilegierten Plätze auf der Liste einnahmen.

In jedem Wahllokal waren zwar Kabinen eingerichtet, in denen man geheim wählen konnte, es wurde aber nicht ungerne gesehen, daß Wähler nach dem Vorzeigen des Personalausweises und der Eintragung auf der Wählerliste den Wahlzettel vor den Augen der ganzen Kommission in einen Umschlag steckten und in die Urne warfen. Wer eine Kabine benutzte, gab damit zu erkennen, daß er Streichungen vornehmen wollte. Diese Streichungen waren, wie gesagt, ausdrücklich erlaubt, doch jeder wußte, daß die Funktionäre es dennoch ungerne sahen. Nach über 20 Jahren kommunistischer Herrschaft sind die meisten Menschen nicht geneigt, sich unnötig Ärger einzuhandeln. Wer trotz dieser allgemeinen Stimmung Streichungen auf dem Wahlzettel vornahm, bewies damit ein hohes Maß an Zivilcourage. Das Ergebnis der Wahl konnte diese Minderheit allerdings kaum ändern, jedoch bedeutete ihre Haltung eine eindrucksvolle Demonstration, denn dadurch sind gerade die prominentesten Kandidaten der Partei, die in jedem Wahlbezirk an der Spitze der Liste standen, auf die unteren Plätze der gewählten Kandidaten

gerückt. Mit wenigen Ausnahmen erging es so den einflußreichsten Männern des Systems.

GOMULKAS Vertrauter Zenon KLISZKO, der im Rang in der Partei auf dem zweiten Platz hinter dem Parteichef steht, kandidierte im Ostseehafen Gdingen. Er stand selbstverständlich an der Spitze der zehn Kandidaten dieses Bezirkes, von denen acht in den Sejm gewählt werden sollten. Die Wähler versetzten ihn jedoch auf den letzten Platz unter den gewählten Abgeordneten, nur zwei Bewerber hatten weniger Stimmen als er.

Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, der ebenfalls zu den einflußreichsten Vertretern des Regimes gehört, stellte sich in seiner Heimatstadt Krakau zur Wahl und wurde von dem ersten Platz auf der Liste auf den vorletzten (?) verwiesen. Genauso erging es dem nominellen Staatsoberhaupt Edward OCHAB in Kattowitz.

Mit den letzten Plätzen in der Reihenfolge der gewählten Abgeordneten mußten sich Politbüromitglied Eugeniusz SZYR, Vizepremier Zenon NOWAK, Parteiideologe Andrzej WERBLAN und der Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, Leon KASMAN, begnügen. Besonders hart getroffen wurden die prominenten Vertreter des neostalinistischen Flügels der Partei: Politbüromann Ryszard STRZELECKI sowie Innenminister und "Partisanen"-führer General Mieczyslaw MOCZAR kamen mit dem weitesten Abstand auf den letzten Platz in ihren Wahlbezirken. Die meisten 1. Wojewodschaftssekretäre der Partei sind zwar ebenfalls auf den letzten Platz unter den gewählten Abgeordneten verwiesen worden, aber der Abstand vom Vordermann war wesentlich geringer.

Mit dem vorletzten Platz in der Reihenfolge der gewählten Abgeordneten mußten der Planungschef Stefan JEDRYCHOWSKI sowie der führende Wirtschaftstheoretiker Oskar LANGE vorlieb nehmen. Wesentlich besser erging es dem Außenminister Adam RAPACKI, der in Breslau von dem ersten nur auf den zweiten Platz verdrängt wurde.

Auch der Prominenz der "bürgerlichen" und bäuerlichen Satellitenparteien ging es schlecht. Zwei prominente Vertreter der Bauernpartei - , Jan DAB-KOCIOL und Jozef OZGA-MICHALSKI, welche in Thorn und Warschau an der Spitze der Liste kandidierten, gerieten auf die letzten Plätze. Das gleiche Schicksal erlitten zwei prominente Kandidaten der Demokratischen Partei - Leon CHAJN und Karol WENDE.

In fast allen genannten Fällen konnte man beobachten, daß die Ablehnung der Prominenz des Regimes mit einer Aufwertung der Kandidaten verlief, die entweder parteilos oder parteilich nicht exponiert waren. Diese Kandidaten, unter denen viele bekannte Wissenschaftler, Künstler und Sportler waren, die man nur der Zugkraft ihres Namens wegen auf die letzten Listenplätze genommen hatte, bekamen sehr viele Stimmen.

Sehr bezeichnend war das Verhalten der Wähler gegenüber Kandidaten, die mit Recht oder auch zu Unrecht als katholisch bezeichnet wurden. Unter den 460 Abgeordneten gibt es 13, die als "katholisch" firmieren. Fünf von ihnen kann man als echte Vertreter des politischen Katholizismus in Polen bezeichnen. Sie bilden im Sejm die "Znak"-Gruppe ("Znak" ist der Titel einer katholischen Zeitschrift). Diese Gruppe galt in den ersten Jahren nach dem Oktober 1956 als "kardinalstreu", was bedeutete,

daß hinter ihr die Anhänger des Kardinal WYSZYNSKI standen. Heute kann man diese Leute nicht mehr so bezeichnen, weil sie der vom Kardinal verfolgten politischen Linie oft sehr kritisch gegenüberstehen. Das ging so weit, daß einige prominente Vertreter dieser Gruppe speziell nach Rom pilgerten, um die vatikanische Kurie von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf WYSZYNSKI einen mässigenden Einfluß auszuüben. Die katholischen Politiker der "Znak"-Gruppe sind nämlich der Ansicht, daß das Verhalten des Kardinals eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Regime und der Kirche unmöglich mache. Hauptsprecher dieser Gruppe sind die Abgeordneten Stanislaw STOMMA und Staatsratsmitglied Jerzy ZAWIEYSKI. Seinerzeit hatten die beiden vergebens um eine Audienz bei dem Papst nachgesucht. Diese beiden Vertreter der "Znak"-Gruppe schnitten bei den Wählern nicht so gut ab, wie ihre drei übrigen Abgeordneten-Kollegen, unter welchen sich Konstanty LUBIENSKI befand, der in seinem Wahlbezirk vom vierten auf den ersten Platz aufrückte.

Mit fünf Abgeordneten ist die Gruppe der Regime-Katholiken "PAX" im Sejm vertreten. Der Ehrgeiz des Führers dieser Gruppe, Boleslaw PIASECKI, auch Abgeordneter zu werden, hat ihm eine empfindliche Prestige-Niederlage gebracht. PIASECKI, der im Verdacht steht, ein NKWD-Agent gewesen zu sein, bekam die niedrigste Stimmenzahl (ausgedrückt in Prozenten) von allen 460 gewählten Abgeordneten und fiel in seinem Bezirk (Hirschberg) natürlich auf den letzten Platz. Ähnlich erging es in einem anderen Wahlbezirk seinem engsten Mitarbeiter und Stellvertreter, Jerzy HAGMAJER. Die Wähler haben also die PAX-Katholiken genau so behandelt wie die kommunistische Prominenz, oder gar noch schlechter..

Im übrigen sind nicht alle prominenten Kommunisten von den Wählern in der gleichen Weise abgelehnt worden. Die Wähler in Polen bewiesen, daß sie durchaus differenzieren können. Wladyslaw GOMULKA, der in einem Warschauer Stadtteil kandidierte, behielt in seinem Bezirk den ersten Platz und siegte überlegen über andere Kandidaten mit einem beträchtlichen Vorsprung. Was mag die Wähler dazu bewogen haben, dem in den letzten Jahren nicht immer beliebten Parteichef ein derartiges Vertrauensvotum zu geben? Trotz aller kritischen Einstellung herrscht unter sehr vielen Polen die Überzeugung, daß es ihnen unter einem anderen Mann als GOMULKA möglicherweise noch schlechter gehen würde als jetzt. Man hat GOMULKA nicht vergessen, daß er sich von den meisten Auswüchsen des stalinistischen Terrorsystems distanziert hat. Als Erklärung für die Beweggründe der Wähler mag auch die Tatsache dienen, daß ein enger Vertreter GOMULKAS, Verteidigungsminister Marschall SPYCHALSKI, in seinem Posener Bezirk ebenfalls mit einem guten Vorsprung siegte.

Unter den Polen genießt SPYCHALSKI eine gewisse Sympathie, weil man weiß, daß er in der stalinistischen Ära arg verfolgt, eingekerkert und gefoltert wurde. Unter den besonders unversöhnlichen Altstalinisten, die, obwohl von GOMULKA schonend behandelt, im Untergrund eine ungezügelte Opposition gegen die jetzige Parteilinie und -führung treiben, gilt SPYCHALSKI noch heute als "Verräter". Zweifellos betrachteten viele Wähler die Wahl SPYCHALSKIS als eine Demonstration zugunsten der "Opfer des Stalinismus".

Den größten Erfolg unter der kommunistischen Prominenz erzielte jedoch nicht GOMULKA, sondern der Mann, der zurzeit als einziger Kandidat für seine Nachfolge genannt wird: Edward GIEREK; in Kattowitz Chef der Wojewodschafts-Parteiorganisation und Mitglied des Politbüros.

In seinem Sosnowitzer Wahlbezirk erreichte GIEREK die prozentual höchste Zahl der Stimmen von allen gewählten 460 Sejmadgeordneten. GIEREK erfreut sich zweifellos einer sehr großen Beliebtheit in dem oberschlesischen Industriebezirk. Er beherrscht seine Parteiorganisation (die einzige Wojewodschaftsorganisation, die nicht in Fraktionen zersplittert ist) vollkommen. Sie ist die stärkste in Polen. GIEREK spielt sich ein wenig wie ein "Landesfürst" auf. Die Beliebtheit GIEREKs wuchs auch dadurch, daß er sehr energisch die Interessen der Region gegenüber den zentralistischen Ansprüchen Warschaus verteidigt.

Natürlich wurde nach der Wahl der Verdacht geäußert, es hätten Fälschungen stattgefunden, obwohl es im allgemeinen nicht diesen Anschein hat, gibt es einzelne Fälle, wo solche Vermutungen naheliegen: Ein als Stalinist verschrieener I. Sekretär der Parteiorganisation in der Wojewodschaft Rzeszow, Wladyslaw KRUCZEK, behielt laut offizieller Statistik in seinem Wahlbezirk den ersten Rang, obwohl ihm so viele Sympathien bei den Wählern niemand zutraut. Im Gegenteil, er gilt als besonders verhaßt. Selbst die offizielle Statistik der Wahlbeteiligung stützt diesen Verdacht. Die Wojewodschaft Rzeszow, die als Bestandteil Altgaliziens 150 Jahre lang unter österreichischer Herrschaft stand und die starke antikommunistische Traditionen, verbunden mit Anhänglichkeit zur Kirche und zur alten polnischen Bauernbewegung aufweist, soll die zweithöchste Wahlbeteiligung in ganz Polen haben: 98,8 %. Dafür gibt es keinen plausiblen Grund.

Von den 460 gewählten Abgeordneten gehören 255 der Vereinigten Arbeiterpartei an. Die zweitstärkste Vertretung hat die Bauernpartei (117), den dritten Platz nimmt die Demokratische Partei ein (39). Der Rest besteht aus Abgeordneten, die offiziell als parteilose bezeichnet werden. Zu ihnen zählt man auch die 13 katholischen Abgeordneten (5 - Znakgruppe, 5 - Paxgruppe, 3 Christlich-Soziale Vereinigung).

2) Der neue Sejm wählt Staatsrat- und Regierungschef

Knapp vier Wochen nach dem Wahlgang fand die erste Sitzung des neuen Sejm statt. Zum neuen Präsidenten des Parlamentes (in Polen Sejm-Marschall genannt) wurde der Bauernpolitiker Czeslaw WYCECH gewählt. WYCECH gehört der alten Garde der Bauernpolitiker aus der Vorkriegszeit an. Vor der "industriellen Revolution", die in den Nachkriegsjahren in Polen begann und noch keineswegs beendet ist, war Polen ein Staat von einem überwiegend agrarischem Charakter, in welchem die Bauern ca. 75 % der Bevölkerung ausmachten. Es ist verständlich, daß unter solchen Umständen die Bauernparteien und -politiker im Vorkriegspolen eine bedeutende Rolle gespielt haben. Es gab vor dem Kriege mehrere Bauernparteien in Polen. Zu den bedeutendsten zählten eine konservative, die sich "Piast" nannte (Piast war eine legendäre Figur der polnischen Geschichte, ein Bauer, den man zum Fürsten gekürt hat) und eine radikale mit dem Namen "Wyzwolenie" (das heißt "Befreiung"), aus der WYCECH hervorging. Er gilt unter seinen Parteigenossen immer als ein geschickter Opportunist. Mit zunehmendem Alter entwickelte sich diese Eigenschaft immer mehr. Nach dem Kriege schloß sich WYCECH zunächst dem überaus erfolgreichen Bauernführer MIKOLAJCZYK an und verließ ihn kaltblütig, als sich dieser mit den Kommunisten völlig entzweit hatte und von ihnen ausgebootet wurde. Er spielte eine führende Rolle in der kommunistisch beeinflussten Vereinigten Bauernpartei, die nach der Flucht MIKOLAJCZYKS entstand. Im Jahre 1962 übernahm er den Vorsitz dieser Partei, nachdem sein Parteifeund, der Vizepremier Stefan IGNAR, von den Kommunisten zum Rücktritt gezwungen worden war, weil er Bestrebungen nach Unabhängigkeit innerhalb seiner Partei duldete und zum Teil begünstigte. Seit Februar 1957 ist WYCECH Sejmarschall, jetzt wurde er für die dritte Legislaturperiode, die in Polen vier Jahr dauert, wieder gewählt.

Aber nicht der nominelle Präsident des Parlamentes WYCECH, sondern sein Stellvertreter, der Vize-Marschall Zenon KLISZKO, bestimmt die Arbeit des Sejm. Den Reformern des kommunistischen Systems nach dem Oktober 1956 schwebte ein Sejm vor, der seine gesetzgeberischen Funktionen wirklich ausüben konnte und eine Art Gegengewicht zur Partei darstellte.

KLISZKO wurde von GOMULKA beauftragt, dafür zu sorgen, daß der Sejm sich immer an die Parteilinie hält. Der zweitwichtigste Mann in Polen KLISZKO ist gleichzeitig der Vorsitzende der kommunistischen Abgeordnetenfraktion im Sejm und wendet für diese Arbeit einen guten Teil seiner ungeheueren Energie auf, die ihm erlauben, auf vielen Gebieten entscheidend mitzureden und auf diese Weise GOMULKAs Führungsarbeit zu ergänzen. KLISZKO wurde so zum Lenker des Sejm, dessen Rolle zwar nicht so bescheiden ist wie in der stalinistischen Zeit, der aber weit von dem entfernt ist, was seinerzeit den kommunistischen Revisionisten vorschwebte.

Der zweite Stellvertreter des Sejm-Marschalls ist ein Demokrat, Karol WENDE, ein sehr mittelmässiger aber linientreuer Mann, von dem jeder weiß, daß er von den Kommunisten ferngesteuert ist. Aus diesen drei Männern: WYCECH, KLISZKO und WENDE besteht das Präsidium des Sejm.

Auf der ersten Sitzung des neuen Sejm, die am 24. Juni stattfand, wurde auch der neue Staatsrat gewählt, der ein kollektiver Ersatz für das Staatsoberhaupt ist. Als Vorsitzender des Staatsrates wurde Edward OCHAB bestätigt, der vor GOMULKA kurze Zeit Erster Sekretär der Partei war und in der Parteiführung eine hohe Achtung genießt, jedoch durch eine Augenkrankheit sich politisch nicht voll betätigen kann. Der Posten des Staatsratsvorsitzenden sichert nominell den zweiten Platz in der Hierarchie des kommunistischen Systems, jedoch ist der mit ihm verbundene Einfluß

nicht hoch. Darum wird der Posten auch meistens von Parteiveteranen, wie früher ZAWADZKI oder jetzt OCHAB besetzt.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß zum neuen Mitglied des Staatsrates der ZK-Sekretär Wladyslaw WICHA ernannt wurde, der bis Dezember des vergangenen Jahres Innenminister war und dann zum Parteisekretär avancierte. Die Nominierung WICHAs zum Staatsratsmitglied ist insofern von Bedeutung, da er als Vertrauensmann des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ gilt und auf dessen Vorschlag die Kontrolle über die Probleme der Staatssicherheit und der Streitkräfte übernommen hat. CYRANKIEWICZ ist offensichtlich bemüht, die Position seines Anhängers WICHA zu festigen.

Der dritte bedeutende Akt der ersten Sejmsitzung am 24. Juni war die Nominierung CYRANKIEWICZs zum neuen Ministerpräsidenten. Der polnische Premier ist einer der ältesten Regierungschefs in Europa, denn er hat diesen Posten seit über 18 Jahren inne. Der Antrag, CYRANKIEWICZ die Mission einer Regierungsbildung anzuvertrauen, wurde vom Abgeordneten GOMULKA gestellt. Damit dürften vorerst die Gerüchte verstummen, die seit Jahren davon sprechen, CYRANKIEWICZ stehe auf der Abschlußliste. Diejenigen, die in Polen gut orientiert sind, nahmen diese Gerüchte niemals ernst, denn es war offensichtlich, daß sie lediglich Wunschgedanken der Gegner CYRANKIEWICZs widerspiegelten. Der Regierungschef wird vom neostalinistischen Flügel der Partei, zu dem auch die sogenannte "Partisanen"-Gruppe gehört, erbittert bekämpft. Sämtliche Versuche, die Position des "eisernen Premiers", wie man ihn in Polen nennt, zu untergraben, schlugen fehl. CYRANKIEWICZ, der im übrigen erst 54 Jahre alt ist, kann sicher mit einer Unterstützung des Parteichefs GOMULKA rechnen. Seine Hausmacht erstreckt

sich vor allem auf weite Teile des Verwaltungsapparates. Der Ministerpräsident zählt zu den vier mächtigsten Männern im Staate (GOMULKA, KLISZKO, GIEREK, CYRANKIEWICZ).

Die neue Regierungsliste, die CYRANKIEWICZ einen Tag nach seiner Nominierung zum Ministerpräsidenten dem Sejm präsentierte, unterscheidet sich kaum von der alten. Zu den neuen Männern im Kabinett CYRANKIEWICZ gehören ein neuer Justizminister und ein neuer Minister für Schwerindustrie. Man erwartet jedoch, daß der Regierungsapparat durch die Nominierung einer Anzahl von neuen Staatssekretären in den kommenden Wochen verjüngt wird.

Die eigentliche Überraschung bildeten nicht die neuen Namen auf der Ministerliste, vielmehr die Tatsache, daß ein Name auf dieser Liste blieb: Adam RAPACKI, Polens Außenminister, der kurz vor dem letzten Osterfest einen dritten Herzinfarkt hatte, wird wahrscheinlich nie wieder voll arbeitsfähig sein. Wie man hört, wollte RAPACKI dem Rat seiner Ärzte nicht folgen und jegliche politische Betätigung aufgeben. Er will nach der Kur, die noch viele Monate dauern wird, seine Arbeit als Außenminister wieder aufnehmen, wird sich aber nicht wie bisher einsetzen dürfen. Die Parteileitung akzeptierte diese Lösung. In Warschau hat man keinen Kandidaten, der ein vollwertiger Nachfolger des erkrankten Ministers sein könnte. Auf RAPACKI will man auch deswegen nicht verzichten, weil sein Name im Ausland sehr bekannt ist.

3) Wahlprogramm der "Nationalen Front"

Vor Wahlen pflegte man auch im kommunistischen Polen eine detaillierte Liste mit Versprechen aufzustellen, die später nicht gehalten werden konnten.

Vor den letzten Sejm-Wahlen verzichtete man erstmalig auf diese Praxis und beschränkte sich auf die Veröffentlichung der allgemeinen Richtlinien des kommenden Fünfjahresplanes (1966-70). Wie man in dem Wahlprogramm betonte, wird das der erste Fünfjahresplan sein, an dessen Verwirklichung sich zum ersten Male auch solche Jahrgänge beteiligen werden, die in Volkspolen geboren und aufgezogen wurden. Dieser neuen Generation soll u.a. die Aufgabe zukommen, die Wirtschaft des Landes auszubauen und zu modernisieren.

Die industrielle Produktion soll um 45-47% gesteigert werden. In einem noch schnelleren Tempo soll die Produktion der Maschinen- und Chemie-Industrie erhöht werden, weil damit die Modernisierung der gesamten Wirtschaft zusammenhängt.

Besonderer Wert soll auf die Erhöhung der Außenhandelsumsätze gelegt werden. Erstrebt wird die Steigerung des Exportes von hochwertigen industriellen Erzeugnissen.

Die Produktion der Landwirtschaft soll um 14-15 % wachsen. Als eine Hauptaufgabe der Landwirtschaft wird eine Ertragssteigerung in Futtergetreide genannt, das für den Ausbau der Viehzucht unentbehrlich ist und augenblicklich zum großen Teil importiert werden muß. Die Investitionen in der Landwirtschaft werden um 60 % wachsen, d.h. schneller als in irgendeinem anderen Wirtschaftszweig.

Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert, wie es ausdrücklich im Programm heißt, eine Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe aller Größen, also auch sämtlicher privaten Wirtschaften.

Ein Kollektivierungszwang oder andere Sozialisierungsversuche drohen den polnischen Bauern in den kommenden fünf Jahren scheinbar nicht.

Drei Millionen Polen werden in den kommenden fünf Jahren heranwachsen und in das Produktionsalter kommen. Laut Programm soll die Wirtschaft allen diesen jungen Menschen Arbeitsplätze und gute Startbedingungen sichern. Man äussert schon heute berechtigte Zweifel, ob es den Kommunisten gelingen wird, diese Vorstellungen zu verwirklichen. Das vor relativ kurzer Zeit wiederentstandene Problem der Arbeitslosigkeit ist keineswegs überwunden.

Als Grundstein der polnischen Außenpolitik bezeichnet das Programm das polnisch-sowjetische Bündnis, welches "dem deutschen Imperialismus den Weg nach Osten ein für alle Mal versperrt."

"Die Politik der Deutschen Bundesrepublik, des ersten Verbündeten der Vereinigten Staaten, bedroht den Frieden. Mit Einwilligung und Unterstützung der Westmächte erstand der deutsche Imperialismus zum neuen Leben. Er rüstet weiter, wird immer hochmütiger und aggressiver. Er vergiftet das Volk mit Chauvinismus und Antikommunismus. Er will sich für die Niederlage des letzten Krieges revanchieren und die DDR liquidieren, er verlangt die Revision der Grenzen und greift nach Nuklearwaffen..."

Um diesen aggressiven Bestrebungen der westdeutschen Militaristen und Revanchisten Einhalt zu gebieten, soll man jegliche Pläne der nuklearen Ausrüstung der Bundesrepublik aufgeben, mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschliessen, die jetzigen Grenzen Deutschlands als endgültig anerkennen und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands den beiden bestehenden deutschen Staaten, der DDR und der Bundesrepublik, überlassen. Mit anderen sozialistischen Staaten werden wir unbeirrt eine solche Lösung der deutschen Frage anstreben, weil nur sie eine Kriegsgefahr abwenden und einen Dauerfrieden in Europa begründen kann."

4) GOMULKA antwortet den Wahlen

Kurz vor den Sejm-Wahlen fand in Warschau eine Großkundgebung statt, auf der der Warschauer Spitzenkandidat GOMULKA den Wählern das Programm der "Nationalen Einheit" erläuterte und auf ihm gestellte Fragen antwortete.

In dem ersten Teil der Veranstaltung gab GOMULKA einige Planzahlen für das Jahre 1970 bekannt:

	<u>1965</u>	<u>1970</u>	<u>Maßeinheit</u>
Stickstoffdüngemittel (100%)	385	1180	Taus. to
Phosphordüngemittel (100 %)	332	720	"
vollsynth. Chemiefaser	100	170	"
Kunststoffe		dreifache Erhöhung	
Steinkohle	118,8	130	Mio to
Braunkohle	25	36	"
Erdgas	1,5	5,0	Milliarden Kubik- meter
Rohstahl	9	11	Mio to
Zement		12	"
Stand der Hochseeflotte		1650-1700	Taus. DWT

Den weitaus interessantesten Teil der Veranstaltung bildeten indes die Antworten GOMULKAS auf die ihm gestellten Fragen.

Frage: "Warum erkennen die Vereinigten Staaten und Großbritannien seit zwanzig Jahren unsere Grenze an der Oder-Neiße, die in Potsdam festgelegt wurde, nicht an?"

Antwort: " Die polnische Regierung versuchte, diese Frage auf dem diplomatischen Wege zu klären. Die USA und Großbritannien antworten uns, daß gemäß des Potsdamer Abkommens die westlichen Grenzen Polens erst im Friedensvertrag mit Deutschland festgelegt werden. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien unterzeichneten das Potsdamer Abkommen, dort wurde aber die Frage der Zuerkennung der

Westgebiete an Polen präjudiziert, es weist darauf u.a. hin, daß im Abkommen die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße angeordnet wurde. Damals konnte man selbstverständlich einen Friedensvertrag mit Deutschland nicht schließen, weil es überhaupt keine deutsche Regierung gab. Es war also eine reine Formalität, daß man auf den Friedensvertrag hingewiesen hat. Nun wollen aber die USA und Großbritannien nicht bestätigen, daß die Sache einen rein formellen Charakter hat, obwohl sie das Abkommen seinerzeit unterzeichneten. Im Gegensatz zu ihnen hat Frankreich, das ebenfalls zu den Signatarmächten des Potsdamer Abkommens gehört, eine andere Haltung eingenommen und durch den Mund seines Staatspräsidenten General de Gaulle offiziell erklärt, daß die Grenze an der Oder-Neiße einen endgültigen Charakter habe und nicht geändert werden solle. Diese Haltung stimmt mit dem Geist des Potsdamer Abkommens überein. Wenn die USA und Großbritannien dagegen das nicht erklären wollen, bedeutet es, daß sie die Grenzfrage zum Verhandlungsobjekt machen wollen.

Ich könnte hier Gespräche erwähnen, welche ich persönlich mit den Vertretern der USA und Großbritanniens führte, z.B. mit dem jetzigen britischen Premier WILSON, der damals noch nicht Regierungschef war, und der mir mitteilte, daß er diese Grenze als endgültig betrachte und mir sogar in Aussicht stellte, das einmal öffentlich zu sagen. Jetzt, nachdem er Premier geworden ist, hat er offenbar nicht die Absicht dies zu tun...

Ihr könnte Euch an den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten NIXON vor ein paar Jahren erinnern. Wir hatten mit ihm ein langes, mehrstündiges Gespräch und sprachen auch über die Grenzfragen. Nixon, welcher damals Vizepräsident der USA war, erklärte uns offiziell, daß die US-Regierung auf dem Standpunkt steht, daß diese Grenze nicht verändert werden darf. Sie könne das aber in der Öffentlichkeit nicht sagen und werde damit auf den Friedensvertrag warten. Als er nach Hause zurückkam, hat derselbe Nixon während der Wahlkampagne in brutaler Weise und öffentlich unseren Standpunkt in der Grenzfrage angegriffen.

Er unterstützte die westdeutschen Revisionisten und die Politik der Bonner Regierung. Neulich hielt der Präsident der USA, Johnson, aus Anlaß des 20. Jahrestages des Kriegsendes eine Rede, in der er mit keinem Wort die deutsche Schuld an diesem Kriege erwähnte. Er ist vielmehr der Meinung, daß man die DDR liquidieren und ein angeblich freies Deutschland schaffen soll. Was das zu bedeuten hätte, wissen wir gut. Das bedeutet, daß man an unsere Westgrenze die westdeutschen Militaristen stellen will.

Zwar haben die Westmächte erklärt, daß sie eine Garantie geben werden, daß dieses "freie Deutschland" Polen und andere Länder nicht überfällt. Was westliche Garantien wert sind, wissen wir am besten aus eigener Erfahrung. Seinerzeit hatte Polen auch westliche Garantien. Wir wissen wie das endete. Polen war damals ein kapitalistisches Land. Trotzdem dachten die westlichen Verbündeten im September 1939 nicht daran, dieses Polen zu verteidigen. Heute ist Polen ein sozialistisches Land, und da sollten ausgerechnet die imperialistischen Staaten unsere Sicherheit, unsere Unabhängigkeit verteidigen? Das ist doch ein Hohn, Genossen!"

Auf die Frage, wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR entwickeln, antwortete GOMULKA, daß ein Drittel der Aussenhandelsumsätze mit der UdSSR abgewickelt werden. Weit über die Hälfte der aus der Sowjetunion bezogenen Waren sind Rohstoffe. Aus diesem Lande importierte Polen das ganze Erdöl, 60 % der Eisen- und Manganerze und 50 % der Baumwolle. Polen exportierte in die SU hauptsächlich Maschinen und Massenbedarfsartikel industrieller Herkunft.

"Die Beziehungen zu der Sowjetunion sind die Grundlage unserer Wirtschaft. So war es in der Vergangenheit, so ist es heute, und so wird es auch in Zukunft sein. Eine Entwicklung unserer Wirtschaft

wäre undenkbar, wenn wir die Rohstoffe aus den kapitalistischen Ländern beziehen sollten. Wir könnten sie einfach nicht bezahlen."

An eine Verschiebung des Rentenalters auf das 60. Lebensjahr ist nach Auskunft GOMULKAS nicht zu denken, weil Polen sich das aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten kann. Der Fragesteller bezog sich darauf, daß die CSSR und die UdSSR die Altersgrenze für Rentenzahlungen auf das 60. Lebensjahr, z.T. noch niedriger, festgesetzt haben.

Eine Erhöhung der Mietzinsen, die in staatseigenen Häusern einen fast nur symbolischen Charakter haben, ist nach Auskunft GOMULKAS zu erwarten. Sie wird jedoch nur in Verbindung mit einer Lohnerhöhung erfolgen, so daß sie - nach Meinung GOMULKAS - keine zusätzliche Belastung der Interessierten bedeuten würde.

5) Polnischer Tadel an britischer Politik

Die Enttäuschung der offiziellen polnischen Stellen über die Politik der Labour-Regierung kommt in den Kommentaren der polnischen Presse deutlich zum Ausdruck. So schreibt die parteiamtliche "rybuna Ludu":

"Harold Wilson tat alles, damit man in Bonn seine Auslassungen über die Entspannung aus der Zeit vor den Wahlen vergißt. Um die Gefühle der westdeutschen Regierenden nicht zu verletzen, nahm die britische Regierung an den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Beendigung des Krieges nicht teil. Lange hat man in London nicht so viele Reverenzen an die Bonner Adresse gemacht. Diese Tendenz zeigte im übrigen die ganze Entwicklung der britischen Politik in den letzten Monaten...

Annäherungsversuche machte auch die Regierung der Bundesrepublik. Die bundesdeutschen Kommentatoren erinnern stets daran, wie viele

Anglegenheiten in den Beziehungen zwischen Bonn und London auf eine Erledigung harren und bemühen sich gleichzeitig, den Eindruck zu erwecken, daß sich eher die Briten um eine Annäherung an Deutschland bemühen als umgekehrt. Das gibt schon die erste Vorstellung davon, welche Früchte auf dem Baum der britisch-bundesdeutschen

Annäherung reifen werden."

Der polnische Verteidigungsminister SPYCHALSKI schlug noch rauhere Töne an, um seiner Empörung über die britische Politik Ausdruck zu geben:

"Was macht der britische Premier Wilson, der das Vertrauen seiner Wähler dadurch gewann, daß er sich als Gegner der nuklearen Nato-Streitkräfte, als Gegner des Militarismus, als Fürsprecher der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, der Souveränität der DDR, der polnischen Pläne einer Einfrierung der atomaren Rüstungen in Europa deklarierte? Heute verbrüdet er sich mit den Bonner Epigonen des Hitlerismus, tanzt nach dem amerikanischen Taktstock, verbietet die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestage des Sieges über den Hitlerismus (um seine Bonner Verbündeten nicht zu verletzen), verspricht ihnen Atomwaffen, unterstützt völkermörderische Unternehmungen des amerikanischen Imperialismus und hofft mit dessen Hilfe, die Überreste des zerfallenden britischen Kolonialimperiums zu retten. Es lohnt sich aber nicht, die polnischen Zuhörer über die Heuchelei Wilsons aufzuklären, da seine eigenen Landsleute den Fehler schon eingesehen haben. Ein Beweis dafür sind die Ergebnisse der Kommunalwahlen in England."

6) "Die Partei muß die Kultur und Literatur gestalten..."

Auf einer Tagung der westpolnischen Schriftsteller verteidigte Politbüromitglied und GOMULKAs Vertrauensmann Zenon KLISZKO das Recht der Partei, die kulturelle Entwicklung in Polen entscheidend zu beeinflussen.

KLISZKO, der als einer der Scharfmacher auf dem Gebiete der Kulturpolitik der Partei gilt, hob die Bemühungen der kommunistischen Machthaber Polens um die kulturelle Entwicklung des Landes hervor, stellte aber gleichzeitig fest, daß der Volksstaat nur soviel in kulturelle Einrichtungen investieren könne, wie ihm seine Finanzen erlauben. Er gab auch zu, daß die jetzt aufgewendeten Mittel, u.a. die Zuteilung von Papier, nicht ausreichend sind.

Die Ziele der Parteipolitik auf dem kulturellen Gebiete formulierte KLISZKO folgendermassen:

"Wir haben viel getan, um die wertvollsten Werke aus unserer kulturellen Vergangenheit ans Tageslicht zu bringen und zum Allgemeingut zu machen. Wir haben große Anstrengungen gemacht, um dem polnischen Leser alles zugänglich zu machen, was in der Weltliteratur und Weltkultur wertvoll war und ist. Unsere Kulturpolitik begünstigt die Übermittlung des geistigen und künstlerischen Gutes anderer Völker an die polnische Bevölkerung. Einen dauernden Wert besitzt alles, was dem gesellschaftlichen Fortschritt dient. Die polnische Literatur ist dazu berufen, diesem Fortschritt zu dienen. Die Pflicht unserer Partei ist es, ihr dabei durch eigene ideologische Inspiration und eigene Parteipolitik zu helfen...

Unsere Partei ist vor den polnischen Werktätigen für das Gesamtbild des sozialistischen Aufbaus und für die Zukunft des Landes verantwortlich und gemäß dieser Verantwortung muß sie auch die Kultur und Literatur gestalten...

Wir vertreten den Standpunkt, daß nicht die administrative Reglementierung, sondern die ideologische Beeinflussung ein geeignetes Instrument bildet, um Richtung und Form des zeitgenössischen kulturellen Schaffens zu gestalten."

Die Praxis des täglichen Lebens beweist aber, daß sich die in Polen regierenden Kommunisten nicht an die von KLISZKO verkündeten Prinzipien halten. Die immer rücksichtsloser werdende Kulturpolitik der Kommunisten, die mit Mitteln des administrativen Druckes und mit Hilfe der Zensur verwirklicht wird, brachte es in wenigen Jahren fertig, daß weite Gebiete des kulturellen Schaffens, die noch vor kurzem Gegenstand des allgemeinen Interesses der Welt waren, jetzt brach liegen. Das krasseste Beispiel dafür ist das traurige Schicksal des polnischen Films, der dazu verurteilt ist, nur mittelmässige Werke zu produzieren, weil den kulturellen Spiessern in der Parteiführung die früheren guten Filme nicht linientreu vorkamen. Auch die von der Zensur gefesselte Literatur stagniert seit Jahren. Die unbestrittenen Verdienste der kommunistischen Kulturfunktionäre bei der Herausgabe der polnischen und ausländischen Klassiker können nichts an der Tatsache ändern, daß die zeitgenössischen Kulturschaffenden in den meisten Fällen an der freien Entfaltung ihrer künstlerischen Persönlichkeit gehindert sind. Besorgniserregend wirkt hier besonders die Tatsache, daß die Entwicklung in Polen eine regressive Tendenz zeigt, während sich in manchen anderen kommunistischen Ländern die Zustände auf dem kulturellen Gebiete weitgehend gebessert haben. Noch vor kurzem sah man in allen Ostblockländern voll Neid auf Polen, das eine Oase relativer Freiheit hinter dem "Eisernen Vorhang" bildete. Heute empfinden viele Kulturschaffende in Warschau, daß ihre tschechischen oder ungarischen Kollegen in einem günstigeren Klima als sie selbst arbeiten.